«Wir als Parlamentarier bombardieren die Departemente regelrecht mit Arbeit»

Initiative: 5 statt 7 Regierungsräte Mitte-Präsident Balz Herter ist eigentlich ein dezidiert bürgerlicher Politiker. Nun ist ausgerechnet er das Gesicht des Komitees, das sich für den Status quo engagiert. Warum tut er das?

Katrin Hauser und **Sebastian Briellmann**

Balz Herter, möchten Sie bald für den Regierungsrat kandidieren?
Ach, das ist kein Thema aktuell, und das wissen Sie auch. Lukas Engelberger macht einen tollen Job, und ein Ende ist nicht in Sicht. Jedoch ja: Danach kann ich mir das vorstellen. Aber darum haben Sie ja nicht gefragt…

Wir fragen darum, weil Die Mitte es wohl schwer hätte, ihren Sitz in der Regierung zu halten – wenn diese nur noch fünf statt sieben Sitze hätte. Das ist der einzige Grund, warum Sie diese Initiative ablehnen, oder?
Nein, das ist es nicht – es geht uns nicht nur um Machterhalt, wie uns oft vorgeworfen wird. Auch mir persönlich nicht.

Sie sind jedoch bekannt für dezidiert bürgerliche Anliegen. Jetzt vertreten Sie eine Position, die gegensätzlicher nicht sein könnte: für den Staat und dessen aufgeblähte Verwaltung.
Sehen Sie: Die Initianten haben das Gefühl, dass bei einer Annahme alle Ende September im Präsidialdepartement (PD) den blauen Brief erhielten – und drei Monate später würde der Laden dichtgemacht. Dem ist nicht so.

Klar, aber sparen könnte man doch schon einiges? Generalsekretariat, Medienstellen, Stabsstellen, Koordinationsstellen. Das ist nicht einfach nichts.
Ich denke es wirklich nicht. Die Funktionen dieser Stellen sind wichtig, weil sie dem Regierungsrat zudienen. Sie helfen dem Amtsträger bei der Führung, sie kümmern sich ums Personelle, und sie bereiten alle Geschäfte, die in den Grossen Rat kommen, vor. Und dort gibt es ein Problem: Es ist das Parlament mit einer linken Mehrheit, die das Staatswachstum fördert. Wir haben so viele Vorstösse – und viele zielen auf dieses Staatswachstum ab. Es ist also der Grosse Rat, der sich hinterfragen muss. Wenn er weniger Anliegen vorbringt, dann braucht es auch weniger Staatsangestellte, die diese behandeln müssen. Da bin ich ja total dafür – aber wir lösen dieses Problem nicht, wenn wir ganz oben einfach zwei Regierungsräte streichen.

Sie sagen also: Wenn dieselbe Arbeit von fünf statt sieben Regierungsräten ausgeübt werden muss, wird nicht gespart, sondern werden im Gegenteil noch mehr Beamte angestellt, um die dann mehr werdende Arbeit pro Kopf zu bewältigen.
Ja, klar.

Man darf zumindest fragen, ob wirklich alle Amtsträger und Beamten derart ausgelastet sind, dass dies der Fall wäre. Es gibt solche, die schreiben problemlos daneben noch ein Buch…
Sie dürfen das nicht unterschätzen. Wir als Parlamentarier bombardieren die Departemente regelrecht mit Arbeit. Jede Demonstration, jeder kleine Anlass in der Stadt: Das hat zig Vorstösse zur Folge – das ist ein riesiger Papierberg, der abgearbeitet werden muss.

Sind das nicht Nebenschauplätze? Es fällt nämlich schon auf, dass alle Regierungsparteien dagegen, und die Nicht-Regierungsparteien FDP und SVP dafür sind. Das riecht schon ein bisschen nach Machterhalt.
Für mich ist das nicht Machterhalt sichern, sondern schlicht logisches Denken. Das muss ich klar so sagen. Ich setze mich ein für einen schlanken Staat, aber nicht so. Wir haben als Stadtstaat keine Gemeinden, die uns wichtige Dinge abnehmen: Schon nur die Schulen sind ein riesiges Feld. Auch die Sozialhilfe. Des Weiteren brauchen Regierungsräte auch Zeit, um in eidgenössischen Gremien unseren Standort zu vertreten, dafür zu werben. Und das Dreiland dürfen wir auch nicht vergessen. Sie sehen: Ein Basler Regierungsrat hat viele Aufgaben, die die Kollegen in anderen Kantonen nicht haben.

Die Verwaltung in diesem Kanton wächst dreimal schneller als die Bevölkerung – am stärksten gewachsen in den letzten Jahren ist das Präsidialdepartement. Finden Sie das als Bürgerlicher wirklich gut?
Nein, das finde ich nicht gut. Ich sage das auch schon lange. Aber diese Initiative ist Schwarz-Weiss-Denken. Ich setze mich immer ein im Parlament, um Mehrheiten zu finden, die diesen Ausbau stoppen. Leider scheitert das meistens an der GLP, die alles durchwinkt. Bei uns in Basel ist die GLP alles andere als eine bürgerliche Partei. Sie sagen gegen aussen zwar, dass sie den Staat schlank halten wollen, stimmen aber dennoch jeder neuen Fachstelle zu…

Kann sich eine Kandidatur als Regierungsrat vorstellen: Balz Herter. Foto: Kostas Maros

> «Bei uns in Basel ist die GLP alles andere als eine bürgerliche Partei.»
>
> **Balz Herter**
> Präsident Die Mitte Basel-Stadt

Jetzt verspüren Teile Ihrer Wähler offenbar den Drang, die Sache mit dem schlanken Staat selbst in die Hand zu nehmen. Weil sie Ihnen offenbar nicht mehr vertrauen.
Das sind engagierte Bürger, die ihre Rechte wahrnehmen. Das finde ich natürlich gut. Auch wenn ich in diesem Thema anderer Meinung bin. Aber noch einmal: Die Initianten verkennen, dass nicht alles im PD einfach schlecht läuft, wir das einfach schnell, schnell streichen können. Vieles hat sich in letzter Zeit verbessert.

Aber es gibt die Kritik, dass das PD sich überall einmischt und so für Unruhe sorgt.
Da haben Sie recht, diese Kritik habe ich auch mitbekommen. Es hat zu Beginn tatsächlich Unstimmigkeiten gegeben. Wer macht was? Wer redet wo mit? Aber nun hat sich der Regierungsrat sehr gut zurechtgefunden – man kommt auch sehr gut miteinander aus.

Man erkennt im Gegenkomitee bei den bürgerlichen Vertretern eine neue Strategie: Beat Jans, auf einmal einer von uns…
Nein, nein, nein. Ich stehe dem PD noch immer kritisch gegenüber und bin auch kein Fan davon, dass dieses Departement ständig grösser wird und aus reinem Amüsement eine Fachstelle nach der anderen gebildet wird. Aber das ist nicht das Problem von Beat Jans, dessen politische Ansichten ich nicht teile, aber hier kann er nichts dafür. Dass das PD wächst, ist die Schuld des Parlaments.

Sie sagen aber trotzdem: Streichen wir das PD, wird es noch teurer, weil man reformieren muss. Wie kommen Sie darauf?
Der Verfassungsrat hat beim letzten Mal Jahre gebraucht, bis er alles zusammenhatte: Obschon es ein pfannenfertiges Konzept gab, dauerte die Umsetzung vier Jahre. Das kommt einem Stillstand gleich. Und dann kostet es wieder Millionen…

Knapp 6 Millionen hat die letzte Reform gekostet. Jetzt könnte man laut Initianten 10 Millionen einsparen – pro Jahr.
Diese Rechnung würde ich gern mal sehen. Das glaube ich nicht.

Wie viel Geld eingespart werden könnte, weiss tatsächlich niemand genau. Aus Ihrer bürgerlichen Sicht könnte man aber sagen: Das spielt gar nicht so eine grosse Rolle. Wichtiger wäre das Signal gegen das grassierende Staatswachstum.
Das haben wir doch bereits. Mit unserer Ausgabenbremse. Und ich sage es, wie es ist: Bei einem Budget in dreistelligem Millionenbereich ist nichts gewonnen, wenn wir zwei Regierungsräte abschaffen und damit zwei Jahreslöhne von insgesamt 600'000 Franken sparen.